



KREISJUGENDRING
MÜNCHEN-STADT

Aktuelle (jugend-)politische Themen beeinflussen die Arbeit in den Jugendverbänden und Einrichtungen des Kreisjugendring München-Stadt. Mit den „KJR-POSITIONEN“ bezieht der Vorstand Stellung zu Themen, die für die Kinder- und Jugendarbeit relevant sind.

Freiwilligendienst statt Pflichtdienst – für bürgerschaftliches Engagement junger Menschen

Der Zivildienst ist als Ersatzdienst gemäß Artikel 12a Grundgesetz Bestandteil der Wehrpflicht und stellt einen umfassenden Eingriff in die Freiheitsrechte junger Männer dar. Dieser Eingriff ist unnötig. Der Deutsche Bundesjugendring und die in ihm zusammengeschlossenen Jugendorganisationen fordern daher seit langem die Abschaffung der Wehrpflicht – und damit auch die des Zivildienstes als Ersatzdienst.

Die Debatte wird derzeit allerdings vor allem auf dem Hintergrund der sich verringenden Ressourcen (Arbeitskräfte) für Kommunen, Wohlfahrtsverbände und Träger im Bereich der sozialen Arbeit geführt. Dies greift zu kurz und lässt die Interessen junger Menschen völlig außer Betracht.

Im Falle des Freiwilligen Sozialen Jahres (§ 3 JFDG) oder des Freiwilligen Ökologischen Jahres (§ 4 JFDG) wird jungen Frauen und Männern in einer persönlichen und beruflichen Orientierungsphase die Gelegenheit zur Übernahme sozialer Verantwortung, Erprobung ihrer Fähigkeiten und persönlicher und beruflicher Orientierung geboten. Bei den Freiwilligendiensten stehen nicht die Dienststellen, sondern die Dienstleistenden und das Gemeinwohl im Vordergrund. Ein freiwilliger sozialer Dienst ist in erster Linie als Bildungsmaßnahme und Orientierungshilfe zu verstehen, was ihn von Erwerbsarbeit und Pflichtdienst erheblich unterscheidet.

„Demokratische Bürgerschaft ist gleichzeitig mit dem Anspruch aktiver Teilhabe verbunden, d.h. mit der Bereitschaft, sich informiert in die politische Willensbildung einzumischen, sich an Wahlen und Abstimmungen zu beteiligen sowie öffentliche Aufgaben und Ämter zu übernehmen. Da Demokratien zu-

KJR-POSITION

dem weitgehend auf Zwang verzichten wollen und können, wird bürgerschaftliches Engagement zur politischen Tugend, die die „gute Bürgerin“ bzw. den „guten Bürger“ auszeichnet. Es ist gleichzeitig der Gradmesser für die demokratische Qualität eines Gemeinwesens.“ (Enquête-Kommission Bürgerschaftliches Engagement - Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, BT-Drs. 14/8900, Berlin 2002)

Verzicht auf Zwang und ein attraktives Bildungs- und Orientierungsangebot sind ganz wesentliche Interessen junger Menschen, die sie in einem demokratischen Gemeinwesen, das sie zur Beteiligung und Teilhabe ermuntern will, erwarten können.

Der Vorstand des Kreisjugendring München-Stadt plädiert daher für eine gänzliche Abschaffung des Zivil- und Wehrdienstes für junge Männer und gleichzeitig für eine deutliche Aufwertung der Freiwilligendienste für junge Menschen beiderlei Geschlechts.

Jegliche Entwicklung in Richtung auf dieses Ziel ist zu begrüßen. Insofern unterstützen wir die Verkürzung des verpflichtenden Wehr- und Zivildienstes auf 6 Monate.

Eine Verwischung der Trennlinie zwischen Pflicht- und Freiwilligendienst lehnen wir entschieden ab. Die „freiwillige Verlängerung“ des Pflichtdienstes, wie sie nun vom Kabinett beschlossen wurde, stellt eine derartige Verwischung dar. Wir sehen hierin keine Förderung der aktiven Teilhabe in der demokratischen Bürgergesellschaft, sondern eine illegitime Verquickung von verpflichtendem Ersatzdienst, subtilem Zwang zur Erlangung einer gewünschten Zivildienststelle und angeblichem bürgerschaftlichem Engagement.

Wir fordern die Stadt München daher auf, sich gegen die „freiwillige Verlängerung“ des Zivildienstes und für eine Aufwertung des echten Freiwilligendienstes einzusetzen.

Dieses Positionspapier wurde vom KJR-Vorstand am 19.05.2010 beschlossen.